

# CHINA VON 1911 BIS HEUTE

Ein historischer Abriss von Mathias Bölinger

## 1911–1916. Die ersten Gebversuche der Republik.

Nach Aufständen in verschiedenen Provinzen ruft Dr. Sun Yat-sen 1911 die Republik China aus. Sein Ziel ist es, auf den drei Grundprinzipien Nationalbewusstsein, Volkswohl und Bürgerrechte



Mao Zedong in Yan'an, am 26. April 1938. © Walter Bosshard/Schweizerische Stiftung für die Photographie

ein demokratisches China aufzubauen. Sun wird zum ersten Präsidenten gewählt. Der letzte Qing-Kaiser Puyi dankt ab. Bereits im März 1912 muss Sun aber die Macht an den Oberkommandierenden der Streitkräfte und ehemaligen kaiserlichen Regierungschef Yuan Shikai abgeben. Dieser lässt sich 1913 zum «ewigen Präsidenten» wählen, löst das Parlament auf und verbietet Suns nationale Volkspartei (Guomindang, GMD). Nachdem der Versuch Yuans, sich zum Kaiser krönen zu lassen, auf heftigen Widerstand trifft, erliegt er 1916 einem Herzinfarkt. Nach seinem Tod stürzt ein Bürgerkrieg regionaler Kriegsherren das Land ins Chaos.

## 1919.

### Die 4.-Mai-Bewegung.

Eine Studentendemonstration auf dem Tiananmen-Platz in Peking gegen die Benachteiligung Chinas in den Versailler Verträgen am 4. Mai 1919 wird zum Symbol der geistigen Erneuerung Chinas. Die Forderungen der 4.-Mai-Bewegung sind der Bruch mit dem Konfuzianismus, die Etablierung der Volkssprache als Staats- und Literatursprache, die Emanzipation der Frau und die Schaffung einer wissenschaftlichen und demokratischen

Kultur (im westlichen Sinne) in China.

## 1921–1928. KP-Gründung und Einheitsfront.

Mit der 4.-Mai-Bewegung gelangt auch der Marxismus nach China, und 1921 wird in Shanghai die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) gegründet. Unter Moskauer Vermittlung bildet sie 1924 eine Einheitsfront mit der GMD. Nach dem Tod Sun Yat-sens 1925 treten Spannungen zwischen dessen Nachfolger Chiang Kai-shek und der KPCh auf. Chiang, der von Kanton aus bis 1928 fast ganz China von den Kriegsherren zurückerobert kann, lässt 1927 in Shanghai nach einem Streik Tausende von Kommunisten und Gewerkschaftlern ermorden. 1928 ruft er Nanjing zur Hauptstadt aus, und die Kommunisten flüchten in die Jinggang-Berge in Jiangxi (Zentralchina).

## 1928–1937.

### Die Nanjing-Republik.

Chiangs Regierungszeit wird von Anfang an von japanischen Aggressionen im Nordosten des Landes und der Auseinandersetzung mit den Kommunisten im Landesinnern überschattet. Japan, das sich bereits im Russisch-Japanischen Krieg 1905 Gebiete in der nordostchinesischen Mandschurei gesichert hat, erobert 1931 ganz Nordostchina und gründet 1932 den Vasallenstaat Manzhouguo. Der letzte Qing-Kaiser Puyi wird zum Kaiser von Manzhouguo gekrönt. Die Kommunisten gründen in den Jinggang-Bergen die Rote Armee, die sich aus abtrünnigen Einheiten der GMD-Truppen zusammensetzt,

und gründen eine Räterepublik («Jiangxi-Sowjet»). Nach verstärkten Angriffen der GMD verlassen sie 1934 die Jinggang-Berge und brechen zum Langen Marsch auf, der sie über 12500 Kilometer durch elf Provinzen führt und den nur 8000 der 80000 Teilnehmer überleben. Im Lauf

des Langen Marsches setzen sich Mao Zedong und Zhou Enlai an die Spitze der Partei. Im Oktober 1935 kommen sie in Yanan (Shaanxi) an, das zur Hauptstadt des Roten China wird. Hier entsteht das Konzept eines sinisierten Marxismus, der sich stärker auf die Landbevölkerung als auf das in China noch unbedeutende städtische Proletariat stützt. Die «Mao-Zedong-Gedanken» werden 1945 in Yan'an zur offiziellen Parteideologie.

## 1937–1945. Chinesisch-Japanischer Krieg und Zweiter Weltkrieg.

Japan marschiert 1937 in China ein und nimmt noch im selben Jahr die Hauptstadt Nanjing ein. Die japanischen Truppen richten dort ein Massaker unter der Bevölkerung an, bei dem ein Drittel der Einwohner ums Leben kommen (circa 350000). Die GMD-Armee verlegt ihren Sitz nach Chongqing (Westchina), und Chiang geht unter dem Druck seiner eigenen Truppen ein Bündnis mit den Kommunisten ein, hört aber dennoch nicht auf, sie militärisch zu bekämpfen. Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour und dem Eintritt der USA in den Krieg erhält die GMD zwar amerikanische Militärhilfe, kann aber den Vormarsch der Japaner erst 1944 stoppen. Die ameri-



Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee an der chinesisch-tibetischen Grenze, um 1950. © Keystone

kanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 zwingen Japan zur Kapitulation.

## 1945–1949. Bürgerkrieg.

Nach dem Abzug der Japaner beginnt ein Bürgerkrieg zwischen der GMD und der KPCh. Nach anfänglichen

Erfolgen der GMD können die Kommunisten bis 1949 fast ganz China erobern. Chiang flieht mit seinen Truppen nach Taiwan, und Mao ruft am 1. Oktober 1949 auf dem Tiananmen-Platz die Volksrepublik China aus.

## 1949–1957.

### Die ersten Jahre der Volksrepublik China.

Die erste Zeit der VRC ist geprägt von einer engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, an deren Seite China 1950 in den Koreakrieg eintritt. Ausserdem wird eine Festigung der kommunistischen Herrschaft angestrebt, wobei deren Gegner zunächst mit einem betont unmarxistischen Programm der «neuen Demokratie» geworben werden sollen. Doch schon bald kommt es zur offenen Bekämpfung der Kritiker des Kommunismus. Mit Kampagnen zur «Vernichtung der Konterrevolutionäre» (während der etwa zwei Millionen Menschen hingerichtet werden), Kampagnen gegen Korruption, gegen christliche Geistliche (die in der Lossagung der chinesischen katholischen Kirche vom Vatikan endet) und mit der sogenannten Gedankenreform der Intellektuellen durch «Kritik und Selbstkritik» (im Westen vielfach als «Gehirnwäsche» bezeichnet) werden die Gegner ausgeschaltet. Bis 1952 kommt es ausserdem zur Reform zahlreicher Gesellschaftsbereiche: Landreform und Bildung von Genossenschaften, Abschaffung der Zwangsheirat und des Konkubinats. 1951 annektiert die VRC Tibet, das sich 1911 für unabhängig erklärt hat, tastet aber die Herrschaft des Dalai Lama zunächst nicht an.

Ab 1953 strebt die Industrialisierung des Landes im Vordergrund. Sie wird nach sowjetischem Muster (Entwicklung der Schwerindustrie in grossen Konglomeraten) und mit Hilfe sowjetischer Experten durchgeführt. In dieser Zeit werden

die städtischen Unternehmen schrittweise verstaatlicht.

Gegen Mitte der fünfziger Jahre brechen an der Parteitopfspitze Machtkämpfe zwischen Mao Zedong (und seinen Anhängern) und der Gruppe der «Leninisten» um Liu Shaoqi und Deng Xiao-

ping aus. Ideologische Trennlinie ist die Frage, ob es eine «schrittweise Entwicklung» des Landes unter sowjetischer Führung und strenger Kontrolle der Partei geben soll (Leninisten) oder einen Sozialismus chinesischer Prägung» durch in Massenkampagnen erzwungene «Entwicklungssprünge» (Maoisten). Die Leninisten können sich 1956 durchsetzen und eine Streichung der «Mao-Zedong-Gedanken» aus den Parteistatuten erreichen. Vor diesem Hintergrund startet Mao 1956 die «Hundert-Blumen-Bewegung». Unter dem Motto «Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern» fordert er die Intellektuellen des Landes zur Kritik der Partei



Todesopfer in Nanjing. 1937 marschierten Japaner in die chinesische Hauptstadt ein und richteten ein Massaker an. © Associated Press

auf. Die Kritik fällt heftiger aus als erwartet, und die Partei reagiert 1957 mit einer Kampagne gegen Rechtsabweichler, in der 400 Intellektuelle hingerichtet und 550000 verhaftet werden.

## 1958–1961. Der «Grosse Sprung nach vorn».

1958 kann Mao die Partei von seiner Strategie eines «Grossen Sprungs nach vorn» überzeugen. In einer gigantischen «Produktionsschlacht» soll China seine Rückständigkeit überwinden. Dilettantische Massenkampagnen zur Steigerung der Produktion bewirken allerdings den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die folgende Hungersnot kostet etwa dreissig Millionen Menschen das Leben. In Tibet führt der Grosse Sprung zu einem Volksaufstand und der Proklamation der Unabhängigkeit. Der Aufstand wird niedergeschlagen, und der Dalai Lama flieht nach Indien. Die Abkehr vom sowjetischen Entwicklungsmodell führt 1960 zum Abzug der sowjetischen Experten und 1961 zum Abbruch der durch die Entstalinisierungspolitik Chruschtschows ohnehin angespannten Beziehungen zur Sowjetunion. 1969 markieren Gefechte am chinesisch-sowjetischen Grenzfluss Amur den Tiefpunkt des Verhält-

nisses. Erst 1999 werden die Grenzstreitigkeiten beigelegt.

### 1961–1965. «Liuistische» Konsolidierungspolitik.

Liu und Deng können sich nach Bekanntwerden des Ausmasses der wirtschaftlichen Katastrophe 1961 gegen Mao mit einem Konsolidierungsprogramm durchsetzen. Durch Leistungsanreize, wie das Recht, Produktionsüberschüsse zu behalten und auf dem Markt zu verkaufen, kurbeln sie die Produktion wieder an. Die Folgen sind eine wirtschaftliche Erholung, aber auch wachsende soziale Gegensätze und Korruption.

### 1966–1976. «Grosse Proletarische Kulturrevolution».

Mit einer Debatte über Mao-kritische Literatur ruft der «grosse Vorsitzende» mit Hilfe der «Viererbande» um Maos Frau Jiang Qing und die Shanghaier Parteispitze zur «Kulturrevolution» auf. Schüler und Studenten gründen «Rote Garden», die veraltete Geisteshaltungen austreiben wollen. Sie terrorisieren die Bevölkerung, misshandeln «Reaktionäre» (Anlass dazu kann schon das Tragen einer Dauerwelle sein), demütigen und foltern Professoren, um ihnen «Geständnisse» abzupressen, und führen Hinrichtungen durch. An den Universitäten werden ausschliesslich Mao-Zedong-Gedanken gelehrt. Liu Shaoqi und Deng Xiaoping werden ihrer Ämter enthoben. Liu stirbt 1967 unter Folter und Deng wird verbannt. Als das Chaos Ende 1966 unüberschaubare Ausmasse annimmt und sich an der Parteispitze Widerstand regt, greift die unter Verteidigungsminister Lin Biao seit 1959 im Mao-Kult politisierte Volksbefreiungsarmee in das Geschehen ein. Um die Lage in den Städten zu beruhigen, wird ein Grossteil der Mittelschulabsolventen zu landwirtschaftlichen Arbeiten aufs Land geschickt. Die Herrschaft der Armee dauert bis 1971, als Verteidigungsminister Lin Biao bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz in der Mongolei ums Leben kommt. Zuvor hatte er sich durch allzu offensichtliche Konkurrenz zu Mao in Schwierigkeiten gebracht.

Der gemässigte Zhou Enlai gelangt an die Macht und kann das Militär zurückdrängen. Die VRC nimmt Beziehungen zu den USA auf und löst Taiwan als chinesischen Vertreter in der UNO ab. Nixon besucht 1972 als

erster amerikanischer Präsident die VRC. 1973 wird Deng Xiaoping rehabilitiert, der nun die Regierungsgeschäfte für den todkranken Zhou führt. Ein permanenter Machtkampf zwischen der Zhou-Fraktion und der «Viererbande» lässt das Land aber nicht zur Ruhe kommen.

### 1976–1978. Kampf um die Nachfolge Maos.

Zhou stirbt am 8. Januar 1976. Die Trauerkundgebungen auf dem Platz des Himmlischen Friedens werden zu Unterstützungsdemonstrationen für Deng Xiaoping. Die Kundgebungen werden blutig niedergeschlagen («Tiananmen-Zwischenfall») und Deng aller seiner Ämter enthoben. Er flieht nach Südchina. Zhous Nachfolger als Regierungschef wird der Maoist Hua Guofeng. Als Mao am 9. September 1976 stirbt, wird Hua auch Parteivorsitzender. Deng lässt aus dem Exil die «Viererbande» verhaften, kehrt im Oktober nach Peking zurück und kann 1977

duktionskraft initiierte Bevölkerungsexplosion das erwartete Wirtschaftswachstum absorbiert. Personell verkörpern die 1980 eingesetzten Reformen Hu Yaobang als Vorsitzender des ZK-Sekretariats und Zhao Ziyang als Ministerpräsident die neue Politik.

Ermuntern durch die Reformen Dengs, die zunächst auch Meinungs- und Pressefreiheit beinhalten, verlangen 1978 zahlreiche Aktivisten im sogenannten «Pekinger Frühling» in Wandzeitungen und Publikationen demokratische Verhältnisse. Das Recht auf Meinungsfreiheit wird daraufhin zurückgenommen und viele der Aktivisten werden verhaftet.

1984 werden die Wirtschaftsreformen auf die Städte ausgeweitet: Reform des Bankwesens, Legitimierung von Privatbetrieben, mehr Verwaltungsautonomie für Staatsbetriebe. Zulassung von Aktienhandel und ausländischen Investitionen. Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen und Öffnung von vierzehn Küstenstädten. Im Laufe der achtziger Jahre führen die Reformen zu einem Wirtschaftsboom, aber auch zu wachsenden sozialen Spannungen, Korruption und Inflation.

### 1989. Das Tiananmen-Massaker.

Bereits 1986 werden in verschiedenen Städten Studentendemonstrationen für Meinungsfreiheit organisiert. Auch in Tibet kommt es 1987 und 1988 zu Volksaufständen. Der Generalsekretär der Partei Hu Yaobang, der als demokratiefreundlich gilt, wird 1987, nach den Studentenprotesten, abgesetzt. Zwei Jahre später, am 15. April 1989, verstirbt er nach einem kurzen Comeback. Die Trauerkundgebungen und die Feiern zum 70. Jahrestag der 4.-Mai-Bewegung auf dem Tiananmen werden zu einer sechswöchigen Massendemonstration für Meinungsfreiheit und Demokratie und beeinträchtigen den Besuch Gorbatschows als erstes sowjetisches Staatsoberhaupt seit 1960. Am 4. Juni werden die Proteste von der Armee blutig niedergeschlagen.

Zhao Ziyang, der Nachfolger Hus als Generalsekretär, der als Sympathisant der Demonstranten gilt, wird

abgesetzt und unter Hausarrest gestellt. Sein Nachfolger wird der ehemalige Shanghaier Bürgermeister Jiang Zemin. Der Widerstand bleibt jedoch bestehen: Bei den Säuberungsaktionen nach dem Massaker weigern sich die meisten Arbeitseinheiten, die Namen der Demonstranten preiszugeben.

### 1990–2001. China heute.

Auch das wirtschaftliche Klima leider zunächst unter dem Massaker. Internationale Sanktionen und eine gestärkte Fraktion der Konservativen, die weitere Reformen verhindern, bremsen Chinas Wachstum. Deng kann jedoch 1992 mit einer Reise in die Sonderwirtschaftszonen Südchinas das Blatt wenden. Im gleichen Jahr wird von der Partei erstmals das Ziel einer «sozialistischen Marktwirtschaft» genannt. 1995 stellt China Antrag auf Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO, dem im September 2001 stattgegeben wurde. Deng Xiaoping, der sich seit 1992 immer mehr aus der Politik zurückgezogen hatte, stirbt 1997. Sein Nachfolger wird Jiang Zemin. 1998 setzt er den Reformen Zhu Rongji als Ministerpräsidenten ein. Zhu kommt wie Jiang aus der Shanghaier Stadtregierung, der es gelungen ist, Shanghai im Laufe der neunziger Jahre zum wirtschaftlichen Zentrum Chinas zu machen. Ursprünglich mit dem Ziel einer Reform der maroden Staatsbetriebe angetreten, sieht er sich zunächst mit der Asienkrise von 1997/98 konfrontiert, die auch China nicht unberührt lässt. Er kann aber einen Zusammenbruch der Wirtschaft, wie in Japan oder Korea geschehen, verhindern.

Ebenso wie Deng zeigen seine Nachfolger deutlich, dass Wirtschaftsreformen für sie nicht mit demokratischen Freiheiten einhergehen. In den neunziger Jahren kommt es immer wieder zu Verhaftungen von Demokratieaktivisten. Singapur gilt als Vorbild für die Entwicklung des Landes. Als 1999 Anhänger der spirituellen Bewegung Falun Gong auf dem Tianan-

men gegen einen Bericht, in dem die Gemeinschaft als autoritär und gefährlich bezeichnet wird, demonstrieren, wird die von der chinesischen Regierung zur Sekte erklärte Bewegung verboten, ihre



Trauernde legen am 21. Februar 1997 Blumenkränze am gigantischen Konterfei von Deng Xiaoping nieder. Der letzte Patriarch Chinas starb zwei Tage zuvor. © Keystone

Mitglieder werden verfolgt und ihre Führer inhaftiert.

Seit Mitte der neunziger Jahre tritt die seit 1949 schwelende Taiwan-Frage wieder in den Vordergrund. Nach der Rückgabe Hongkongs und Macaos 1999, die Chinas Kolonialgeschichte beenden, ist die Insel das letzte chinesische Territorium, das nicht zur VRC gehört. Offiziell ist das Ziel beider Seiten immer noch, die Gegenseite zu erobern, in Taiwan kommt jedoch nur dem Sieg des Guomindang-Politikers Lee Teng-hui bei den ersten freien Wahlen 1992 eine neue Politikergeneration an die Macht, für die eine formale Unabhängigkeit der Insel kein Tabu mehr ist. Militärische Drohgebärden Pekings können 1996 seine Wiederwahl nicht verhindern. 1999 kommt es zu erneuten Spannungen, als er das erste Mal von «zwei Staaten» spricht. Im Jahr 2000 wird in Taiwan mit Chen Shui-bian zum ersten Mal ein Präsident gewählt, der nicht der GMD angehört, sondern der Demokratischen Partei, die als die Partei der Unabhängigkeitsbefürworter gilt.

Zur Jahrtausendwende findet Pekings wachsendes Selbstbewusstsein auch im Wunsch nach einer stärkeren internationalen Präsenz Ausdruck.

1995 ist China mit der Weltfrauenkonferenz erstmals Gastgeber einer UN-Konferenz, und Peking wird im Juli 2001 im zweiten Anlauf zum Austragungsort für die Olympischen Spiele 2008 gewählt.



Am 4. Juni 1989 wurden protestierende Studenten auf dem Tiananmen, Platz des Himmlischen Friedens, in Peking von der Armee blutig niedergeschlagen. © Stewart Franklin/Magnum

die Macht zurückerobern. Die Kulturrevolution wird nun offiziell für beendet erklärt, die Mitglieder der «Viererbande» 1981 zum Tod und später zu lebenslanger Haft verurteilt. Hua bekleidet noch bis 1981 das Amt des Parteivorsitzenden, verliert aber seine reelle Macht.

### 1978–1989. Wirtschaftsreformen.

Unter dem Motto «Die Praxis ist das einzige Kriterium der Wahrheit» setzt Deng 1978 die ersten Schritte seiner «Reform- und Öffnungspolitik» durch, die auf eine Entwicklung der Landwirtschaft durch marktwirtschaftliche Anreize und einen Wiederaufbau des in der Kulturrevolution zerstörten Bildungswesens abzielt. Die Opfer der Kulturrevolution werden rehabilitiert und der Personenkult um Mao weitgehend abgeschafft. Gleichzeitig wird eine Politik der Geburtenkontrolle («Ein-Kind-Politik») eingeführt, die verhindern soll, dass die von Mao zur Stärkung der Pro-



Brutale Festnahme eines Falun-Gong-Demonstranten am 1. Oktober 2000, dem chinesischen Nationalfeiertag, auf dem Tiananmen-Platz. © Keystone